



Universität Hamburg
DER FORSCHUNG | DER LEHRE | DER BILDUNG

Prof. Dr. Benedikt Sturzenhecker



Kinder- und Jugendpartizipation auf kommunalpolitischer Ebene

Diese PowerPoint Präsentation darf nur für Zwecke der Dokumentation des Vortrages im Rahmen der Jugendhilfeausschusssitzung der Stadt Ahaus am 8.3.2016 verwendet werden. Sie darf nicht als Datei an andere weitergegeben oder sonst wie publiziert werden.

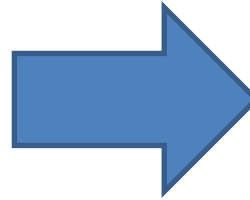
Gliederung

1. Forderungen nach : JUGENDBETEILIGUNG AN KOMMUNALER DEMOKRATIE UND ÖFFENTLICHKEIT
2. Probleme aktueller Umsetzung demokratischer Partizipation in Kommune und Jugendarbeit
3. Begriffe: Politisches Handeln, Demokratie in der Kommune und Demokratiescouts
4. **Kritische Würdigung der Partizipation in Ahaus bisher:
„Wunschpolitik“**
5. **Konkrete Vorschläge zur Komplettierung der Ahauser Demokratie mit Kindern und Jugendlichen**



ZENTRUM

**EIGENSTÄNDIGE
JUGENDPOLITIK**



KOORDINIERUNGSSTELLE



Die Entwicklung einer Eigenständigen Jugendpolitik ist ein Prozess, der darauf abzielt, Jugendpolitik in Deutschland als ein erkennbares Politikfeld mit einem eigenen Selbstverständnis zu verankern.

Daran sollen junge Menschen und möglichst viele Akteure aus Politik und anderen gesellschaftlichen Bereichen mitwirken.

Selbstverständnis Eigenständiger Jugendpolitik

- **eröffnet gesellschaftliche Perspektiven und Teilhabemöglichkeiten**
- betrachtet die Lebensphase Jugend als Ganzes
- **ist Politik für alle Jugendlichen**
- **rückt die Interessen und Bedürfnisse von Jugendlichen in den Mittelpunkt**
- **fördert nachhaltige Jugendbeteiligung**
- wirbt für Freiräume
- ist eine gemeinsame Aufgabe
- treibt jugendpolitische Reformen voran
- hat eine europäische Dimension

JUGENDBETEILIGUNG AN KOMMUNALER DEMOKRATIE UND ÖFFENTLICHKEIT

LEBENDIGE JUGENDKULTUR UND LOKALE ALLIANZEN: KOMMUNEN JUGENDFREUNDLICHER MACHEN

Kennzeichen einer jugendfreundlichen Kommune:

- Jugendliche leben gerne dort, sie identifizieren sich, bleiben oder kommen wieder.
- Jugendliche haben einen festen Platz in der Kommune. Dafür brauchen sie eigene Räume, die auf ihre Bedürfnisse zugeschnitten sind.
- Jugendliche sind in der Öffentlichkeit sicht- und hörbar, sie werden respektiert und wertgeschätzt. Es gibt eine lebendige Jugendkultur.
- Alle Jugendlichen haben Zugang zu schulischen und außerschulischen Lern- und Bildungsorten.
- Die Jugendarbeitslosigkeit ist niedrig.
- Teilhabe und jugendgerechte Beteiligungsformate für alle Jugendlichen sind verankert und etabliert.
- Die Einbindung der jungen Menschen in die Planungen, Entwicklungen und Entscheidungen der Kommune ist verbindlich, Jugendliche haben Gestaltungsmacht und werden ernst genommen.
- Jugendpolitik hat einen hohen politischen Stellenwert in der Kommune. Es gibt einen eigenen politischen Auftrag und einen Etatposten für Jugendpolitik.

Eine solche **JUGENDBETEILIGUNG AN
KOMMUNALER DEMOKRATIE UND ÖFFENTLICHKEIT**
ist aber gar nicht so leicht gemacht....

Einige Erfahrungen aus der Praxis:

Probleme aktueller Umsetzung demokratischer Partizipation in Kommune und Jugendarbeit

- Verschiedene Kinder-/Jugendszenen erfahren sich als **abgekoppelt** aus dieser kommunalen Öffentlichkeit und Entscheidungsstruktur...
- ...und politisch aktive Erwachsene und die verfassten Gremien kommunaler Demokratie finden **kaum Zugang zu lokalen Kinder/Jugendmilieus**.
- Jugendarbeit übernimmt selten Verantwortung für die **Eröffnung politischer Partizipation (das heißt auch Konflikte) ihrer TeilnehmerInnen** in der Kommune.
- **Schule eignet sich wenig** für und betreibt wenig demokratische Partizipation; weder in der eigenen Organisation, noch in die Kommune hinein.
- **Jugendparlamente verfehlen Mobilisierung von Kindern/Jugendlichen** mit niedrigem Interesse an konventionellen politischen Formen.

- **Bestimmte Jugendszenen** (gerade benachteiligter Jugendlicher) **lehnen konventionelle Politikformen** ab.
- Partizipation wird allerdings immer wieder in **konventionellen Formen** inszeniert.
- Etablierte Partizipationsangebote **reagieren zu wenig auf jugendkulturelle Ausdrucksformen** und „fluide“ soziale und politische Praxen, sondern verlangen, dass man sich ihnen „anpasst“.
- Gelegentlich gelingt (auch mit pädagogischer Hilfe) eine **politische Artikulation** von K/J, diese kann aber zu **selten in einen kontinuierlichen politischen Auseinandersetzungsprozess** überführt werden.
- **Lokale Konflikte** zwischen BürgerInnen (z.B. älteren und jüngeren) werden von den Beteiligten **an die „zuständigen“ staatlichen Mächte abgeschoben**.
- Das alles führt zur (lokal)**politischen Exklusion** gerade benachteiligter Kinder und Jugendlicher. Sie erleben sich als politisch machtlos, als Objekte von Kontrolle und Vertreibung, als marginalisiert.

Aber es gäbe auch Chancen...

- (Benachteiligte) Kinder und Jugendliche haben durchaus ein **Interesse an einer aktiven Mitgestaltung der Gesellschaft** zu Themen, die sie betreffen. Für die Benachteiligten sind das z.B.: Gerechtigkeit, Gewalt, Zugang zum Arbeitsmarkt, Restriktion und Diskriminierung, Drogennutzung, Fragen der staatsbürgerlichen Zugehörigkeit.
- Solche Problemstellung interessieren Kinder und Jugendliche nicht abstrakt, sondern in ihren **konkreten Ausprägungen vor Ort**, in den Stadtteilen, in der Kommune.
- Besonders die benachteiligten Kinder/Jugendlichen kritisieren, dass sie nicht gesehen und gehört werden. **Sie sind bereit, sich auf ihre Weise zu artikulieren.**
- Wenn Partizipationsformen ihnen ermöglichen, ihre **kulturellen Ausdrucksweisen** zu nutzen, beteiligen Sie sich.
- **Viele Kinder und Jugendliche wollen ernsthaft mithandeln und mitverantworten und nicht als „Babys“ behandelt werden.**

**Politisches
Handeln und
Demokratie in
der Kommune**

Politisches Handeln wird verstanden als ein Handeln der Person, das das Private überschreitet,

- sich auf (lokale) **Öffentlichkeit** bezieht und
- dort eigene Kritiken, Positionen, Interessen oder Konflikte
- **in Bezug auf ein Gemeinwesen** einbringt.
- Politik als die öffentliche Regelung der gemeinsamen Angelegenheiten

Was ist gemeint mit: Demokratie?

Unterlegt wird ein partizipatives bzw. prozedurales Demokratiemodell

Unter Demokratie wird

- ein gleich-berechtigtes,
- freies Diskutieren und Aushandeln von Konflikten und dann
- von gemeinsamen Entscheidungen der Bürgerinnen und Bürger
- in Öffentlichkeiten
- und direkten wie repräsentativen Verfahren und Gremien verstanden,
- die rechtsstaatlich geregelt und kontrolliert sind.
- So getroffenen Entscheidungen sind verbindlich und müssen zusammen umgesetzt und verantwortet werden; sie können aber auch revidiert werden.

Demokratie lernt man nur, indem man sie macht.

Der vorrangige Ort der Erfahrung von Demokratie sind die pädagogischen, gesellschaftlichen und politischen und Institutionen **in der Kommune.**

„Eine besonders wichtige Rolle spielen Kommunen und Regionen, weil sie räumlich und politisch den jugendlichen Lebenswelten am nächsten sind. Hier sind die jungen Menschen unmittelbar betroffen, hier sind sie direkt ansprechbar“ (Website jugendgerecht).

Dazu braucht es **Demokratiescouts**, die dafür sorgen, dass Kinder/Jugendliche demokratische Politik selbst (mit)machen können.

D-Scouts helfen **Kommunikation herzustellen** zwischen K/J einerseits und der politischen Öffentlichkeit und den Entscheidungsgremien der verfassten Demokratie andererseits.

D-Scouts müssen:

- a) Unterschiedlichste Jugendszenen entdecken und kontakten,**
- b) ihnen zur Artikulation verhelfen und**
- c) Wege in demokratische Mitentscheidung und Mitverantwortung eröffnen.**

Kinder/Jugendliche in
nonformellen
institutionellen Orten
von Jugendhilfe, Schule,
Vereinen, Wirtschaft,..

Verfasste kommunale
Demokratie
(Rat, Jugendhilfe- und andere
Ausschüsse)

Demokratiescouts

Kinder/Jugendliche in
differenzierten
Lebenswelten

Demokratische
Öffentlichkeit
(Medien, Orte,
Parteien,
Organisationen,
Gruppen, ...)

„Scout“ kommt von auscultare (lat.)– (eifrig) zuhören

- Ein Scout ist ein/e „PfadfinderIn“, er/sie sucht Wege zu den kinder- bzw. Jugendszenen im „Dschungel“ der Lebenswelten und sucht mit den Kids Wege in die Polis, die Stadt, die Öffentlichkeit, die Politik.
- Die Scouts sind im wesentlichen hauptamtliche Fachkräfte der Jugendarbeit bei öffentlichen oder freien Trägern.
- Im Prinzip müssten sich alle Fachkräfte der Jugendarbeit als solches Scouts verstehen, denn der § 11 SGBVIII verlangt von der Jugendarbeit, die gesellschaftliche Mitverantwortung, also die demokratische Partizipation von Kindern und Jugendlichen zu fördern

Wie sieht es mit solchen Demokratiescouts aktuell in Ahaus aus?

Sitzungsvorlage:

...Bei größeren Projekten stellen die Kinder und Jugendlichen den Sachverhalt und ihre **Wünsche** der Kommunalpolitik vor. ...

Die in Ahaus praktizierten Methoden sind:

- „Rathausschule“: Es werden im Durchschnitt jährlich 5 Schulklassen von der Grundschule bis zu Oberstufenschüler/innen zum Thema „Freizeit für Kinder und Jugendliche in Ahaus in das Rathaus eingeladen.
- schriftlicher Schüler**frage**bogen (ca. 150 Befragungen jährlich)
- Schülersprechersitzung der Grundschulen und weiterführende Schulen setzen sich mit Freizeit- und Schulthemen, wie z.B. Toilettenanlagen, Turnhallen auseinander
- Politik vor Ort: Kommunalpolitiker werden von Kindern oder Jugendlichen zu bestimmten konkreten **Wünschen** von ihnen und zu ihnen eingeladen, z.B. ins „Haus der Jugend“
- mündliche **Abfrage** zu bestimmten Angeboten: z.B. direkt auf der Rückfahrt von einer Tagesveranstaltung, beim Antreffen von Kindern und Jugendlichen an ihren Treffpunkten
- schriftliche **Abfrage** nach Projekten: Feedbackbögen beinhalten auch immer den Bereich Verbesserungsvorschläge und neue Ideen
- **Angebotsabfrage** über die Printmedien: schon geäußerte Veranstaltungsvorschläge werden veröffentlicht und daraus kann eine durch **Mehrheitsbeschluss** umgesetzt werden, wie z.B. Zoobesuch oder Erlebnisbad in den Osterferien

Apropos Wünsche....

Ist Ahaus das Wunderland, in dem das Wünschen noch hilft?

Drei Varianten undemokratischer Vorstellungen zur *Wunschpolitik* in der Kommunalpolitik:

***Wunschpolitik* : Christkindl-Partizipation** **„Ihr dürft euch was wünschen...“**

... und wenn das unerfüllbar ist, sind die Kinder/Jugendlichen enttäuscht und die Kommunalpolitik ist enttäuschend.

Christkindl-
Partizipation
infantilisiert!

***Wunschpolitik*: Dienstleistung.**
Kinder/Jugendliche als „Kunden“

**Jugend
arbeit**

Kids

Politik

Kinder/Jugendliche sind BürgerInnen und nicht Kunden.
Kommune, Politik, Verwaltung sind kein Betrieb.
BürgerInnen sind mitverantwortlich für Gestaltung des
Gemeinwohls.

Wunschpolitik:

Bittstellen bei
Mächtigen

Kinder/Jugendliche sind
keine Bittsteller,
sondern Teil des
Souveräns!

Kaiser Joseph II.

Bittsteller-Variante:
Jugendarbeit als „Reitender Bote“
zwischen Mächtigen und
Kindern/Jugendlichen

Jugendarbeit hat aber die gesetzliche
Aufgabe (§ 11 SGBVIII),
Entwicklung von Selbstbestimmung und
gesellschaftlicher Mitverantwortung zu
fördern!

Demokratische Politik und „Wünsche“

- *„Wünsche“ sind Vorschläge an das Gemeinwesen*
- *Es gibt eine Mitverantwortung der Einbringer*
- Politisches Streiten und Argumentieren um Wichtigkeit (Abwägung von Prioritäten des Gemeinwohls) und Lösungsmodelle
- Klärung der Rechtslage, der Finanzierbarkeit/Machbarkeit
- Streit mit Argumenten
- Schaffen von Mehrheiten (Schutz von Minderheiten)
- Gemeinsame Entscheidung
- Gemeinsame Umsetzung
- Gemeinsame Prüfung und Veränderung

Das ist Demokratie!!!

Und aus alledem halten Sie Kinder und Jugendliche heraus. Wenn man aber rausgehalten wird, kann man Demokratie nicht ein- und ausüben.

Solche Ansätze zu einer riskanten Wunschpolitik finden sich auch in der Sitzungsvorlage:

...Bei größeren Projekten stellen die Kinder und Jugendlichen den Sachverhalt und ihre **Wünsche** der Kommunalpolitik vor. ...

Die in Ahaus praktizierten Methoden sind:

- „Rathausschule“: Es werden im Durchschnitt jährlich 5 Schulklassen von der Grundschule bis zu Oberstufenschüler/innen zum Thema „Freizeit für Kinder und Jugendliche in Ahaus in das Rathaus eingeladen.
- schriftlicher Schüler**frage**bogen (ca. 150 Befragungen jährlich)
- Schülersprechersitzung der Grundschulen und weiterführende Schulen setzen sich mit Freizeit- und Schulthemen, wie z.B. Toilettenanlagen, Turnhallen auseinander
- Politik vor Ort: Kommunalpolitiker werden von Kindern oder Jugendlichen zu bestimmten konkreten **Wünschen** von ihnen und zu ihnen eingeladen, z.B. ins „Haus der Jugend“
- mündliche **Abfrage** zu bestimmten Angeboten: z.B. direkt auf der Rückfahrt von einer Tagesveranstaltung, beim Antreffen von Kindern und Jugendlichen an ihren Treffpunkten
- schriftliche **Abfrage** nach Projekten: Feedbackbögen beinhalten auch immer den Bereich Verbesserungsvorschläge und neue Ideen
- **Angebotsabfrage** über die Printmedien: schon geäußerte Veranstaltungsvorschläge werden veröffentlicht und daraus kann eine durch **Mehrheitsbeschluss** umgesetzt werden, wie z.B. Zoobesuch oder Erlebnisbad in den Osterferien

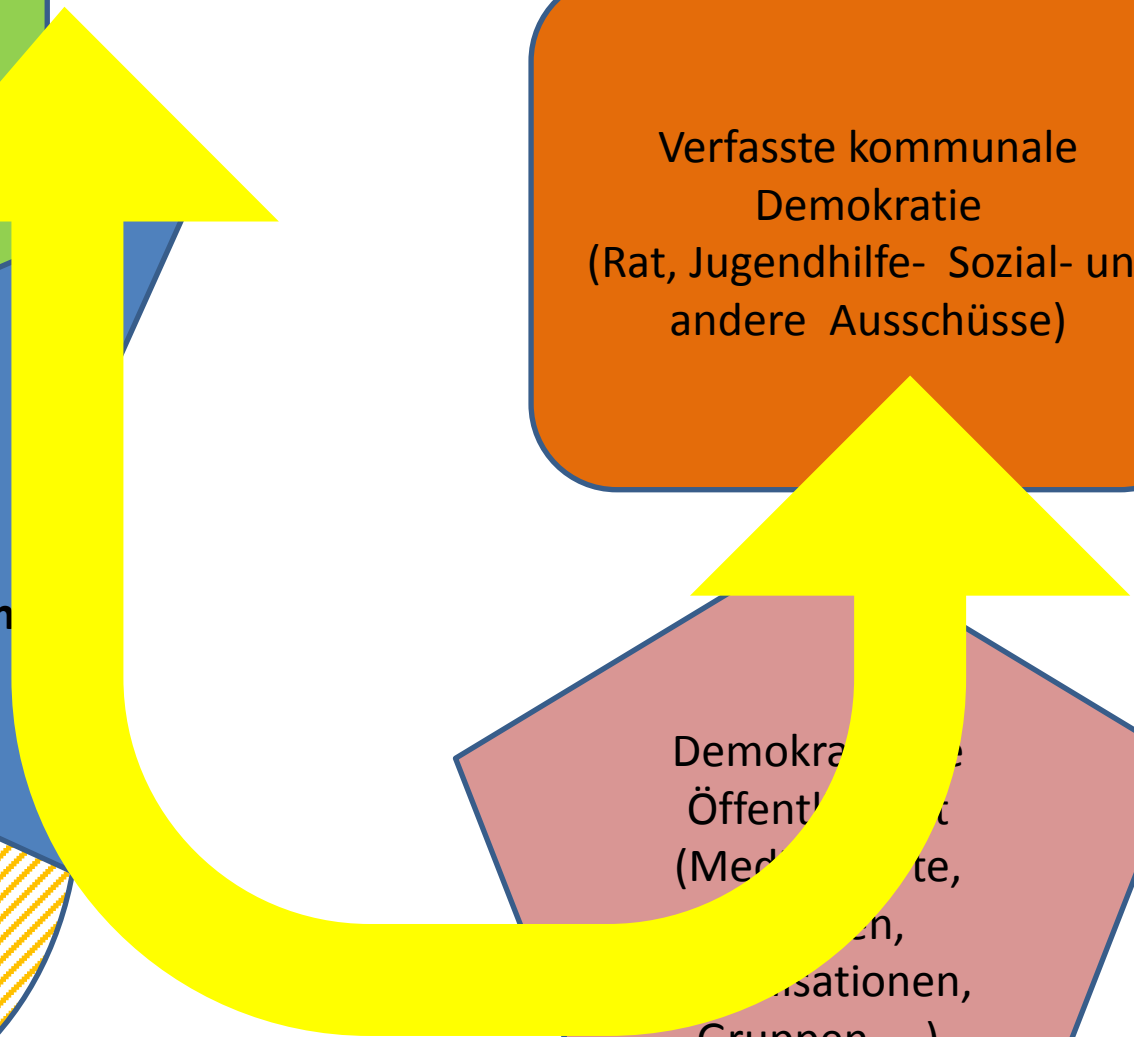
Kinder/Jugendliche in
nonformellen
institutionellen Orten
Jugendhilfe, Schul
Mirt

**Demokratiescouts
in Ahaus
kennen/kontakten
Jugendszenen
und helfen Wünsch
zu artikulieren**

... in
differenzierten
Lebenswelten

Verfasste kommunale
Demokratie
(Rat, Jugendhilfe- Sozial- und
andere Ausschüsse)

Demokratie
Öffentlichkeit
(Medien, ...
Organisationen,
Gruppen, ...)



Komplettierung der Ahauser Demokratie mit Kindern und Jugendlichen

Vom „Wünschen“ zum Mitstreiten,
Mitentscheiden und zum Mithandeln und
Mitverantworten.

Mit Hilfe von Demokratiescouts aus der
Jugendarbeit

- Vorhandene Befragungen fortsetzen und ergänzen:
- Rückmeldung der verstandenen Problemstellungen, Anlässe, Kritiken und Wünsche an K/J: Das haben wir von euren Anliegen verstanden...)
- Gründung von Projektgruppe(n): Wer will weiter daran mitarbeiten?
- Mit diesen dialogische Klärung: Um was geht es wem von euch genau? Prüfung, ob Engagement für Weiterarbeit besteht.
- Klärung der Artikulation: Wie könnt ihr Anderen in der Kommune das vermitteln?
- Kontakt, Artikulation und Verständigung mit anderen Betroffenen: Wen geht unser Thema etwas an, wer muss beteiligt werden?
(Auch aus Verwaltung und Politik)
- Entwicklung und Prüfung von Lösungsideen: Wie könnten wir das Thema realisieren?
- Entwicklung von Entscheidungsvorschlägen (unter Berücksichtigung von Mithandelns und Mitverantworten der K/J)

- Treffen der Projektgruppen untereinander und dann **mit kommunaler Politik, am besten als Sitzung des Jugendhilfeausschusses** unter Leitung von Kindern/Jugendlichen
- Gemeinsame Prioritätensetzung in Bezug auf das Gemeinwohl
- Klärung der politischen Konfliktpositionen
- u.U. Abstimmung und Minderheitenschutz
- Gemeinsame Vorlage für Rat (unter Berücksichtigung des Mithandelns und Mitverantwortens)

Zu viel des Guten??

Ganz ruhig bleiben: es gibt eine „natürliche“ Begrenzung von Projekten durch Arbeitskapazität der Demokratiescouts, also der kommunalen Fachkraft Jugendförderung....oder deren personelle Ausweitung.

Was Sie sonst noch falsch machen können, aber nicht müssen:

K/J als Parteigänger funktionalisieren.

Besser: „wechselnde Koalitionen“

K/J auf „Spielwiesen“ der Partizipation abschieben.

Besser: echte Mitentscheidung und -verantwortung

K/J nicht an Detailprozessen langsamer Lösungsfindung beteiligen.

Besser: in alle Schritte einbeziehen

Was Sie sonst noch falsch machen können, aber nicht müssen:

Nicht kooperieren: zwischen den Trägern und Fachkräften der Jugendarbeit und zwischen Politik und Jugendarbeit
Besser: kooperieren und koordinieren

Behaupten Kinder und Jugendliche hätten aktuell keine Wünsche und Vorstellungen zu Kommunalpolitik
Besser: auch in den einfachsten alltäglichen Themen Partizipationsmöglichkeiten entdecken

Vielen Dank!

benedikt.sturzenhecker@
uni-hamburg.de

www.partizipation-und-bildung.de